



Nr. 28

31. August 2023

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

dbb Chef übt deutliche Kritik

[„Die Bundesregierung verschläft die Digitalisierung der Verwaltung“](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

[Becker drängt auf Besoldungsreform](#)

Schleswig-Holstein

[Änderung der Beurteilungsrichtlinien vereinbart](#)

Bremen

[Gespräche mit CDU und FDP geführt](#)

Sachsen

[Besetzung des Rundfunkrats: SBB geht in Berufung](#)

dbb Bildungsgewerkschaften

[Umfrage: Schlechte Noten für Bildungspolitik](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

## dbb Chef übt deutliche Kritik „Die Bundesregierung verschläft die Digitalisierung der Verwaltung“

**Der öffentliche Dienst muss absehbar mit weniger Beschäftigten auskommen. Digitalisierung und Bürokratieabbau kommen aber – wenn überhaupt – wahrscheinlich zu spät, mahnt der dbb.**

Beim Zukunftskongress Staat & Verwaltung in Berlin erklärte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 31. August 2023 die Folgen des demografischen Wandels: „In den nächsten zehn Jahren werden über 1,3 Millionen Beschäftigte altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden. Mindestens, denn bei dieser Zahl sind diejenigen noch nicht berücksichtigt, die aus anderen Gründen frühzeitig den Dienst quittieren. Dabei wird schon heute überall händeringend Personal gesucht. Niemand kann ehrlich sagen, wie die Aufgaben des Staates zukünftig noch erfüllt werden sollen. Es spricht doch Bände, dass nun beispielsweise laut darüber nachgedacht wird, den ab 2026 geplanten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder doch erstmal aufzuschieben, weil es schlicht und ergreifend an Personal fehlt.“

Notwendig seien vor diesem Hintergrund insbesondere eine echte Digitalisierung der Verwaltung sowie ein konsequenter Bürokratieabbau. „Aber der Zug ist eigentlich schon fast abgefahren, denn die Folgen der seit Jahren bekannten demografischen Entwicklung spüren wir ja bereits jetzt“, konstatierte Silberbach. „Auch die aktuelle Bundesregierung verschläft die Digitalisierung der Verwaltung bisher und ich sehe im Moment nicht, was da angesichts der Dauerstreits in der Ampel in dieser Legislaturperiode noch passieren soll. Ein bisschen ‚Online-Terminvergabe hier‘ und ein bisschen

‚Antrag als PDF‘ dort ist doch allenfalls Kosmetik, aber keine Digitalstrategie. Dass nach den bisherigen Planungen für den Bundeshaushalt die Mittel für die Verwaltungsdigitalisierung zusammengestrichen werden sollen, ist auch ein verheerendes Signal. Dabei könnten wir in diesem Zuge gleich bürokratische Prozesse deutlich entschlacken, damit die Kolleginnen und Kollegen sich endlich wieder um Vorgänge mit Ermessensspielraum und die persönliche Beratung der Bürgerinnen und Bürger kümmern können.“

Mit Blick auf die am Vortag vom Bundeskabinett beschlossenen Eckpunkte zum Bürokratieabbau sagte der dbb Chef: „Wenn das vom Bundestag so verabschiedet wird, ist das ein Anfang. Gerade mit Blick auf Europa und die Bundesländer sowie das Zusammenspiel aller politischen Ebenen bleibt aber weiterhin viel zu tun. Wenn die Kolleginnen und Kollegen in den Verwaltungen endlich flächendeckend nennenswert entlastet werden, können wir wiederum mit einer Qualifizierungsoffensive die Digitalisierung vorantreiben. So bedingen sich beide Bereiche unmittelbar. Dafür muss die Bundesregierung den Sachverstand aus der Praxis beteiligen und endlich den Turbo für den öffentlichen Dienst zünden. Dann glauben zukünftig vielleicht auch wieder mehr als die aktuell 27 Prozent der Menschen in diesem Land, dass der Staat seinen Aufgaben gewachsen ist.“

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

Berlin

### **Becker drängt auf Besoldungsreform**

**Beim Parlamentarischen Frühschoppen des dbb Berlin hat der Vorsitzende Frank Becker kritisiert, dass das Land Berlin immer noch keine Initiative gestartet hat, um den Beamtinnen und Beamten eine verfassungsgemäße Besoldung zu gewähren.**

„Die Verärgerung ist hier schon übermäßig groß. Wer einen Eid auf die Verfassung abgelegt hat erwartet auch, dass er verfassungsgemäß besoldet wird und nicht erst vor Gericht ziehen muss“, so Becker am 26. August 2023

bei der Veranstaltung mit über hundert Vertreterinnen und Vertreter von Senat, Abgeordnetenhaus, aus den Bezirken und der Verwaltung. Aus dem Senat nahmen neben dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner, der für

den öffentlichen Dienst zuständige Finanzsenator Stefan Evers sowie Finanzstaatssekretär Wolfgang Schyrocki und Justizstaatssekretär Dirk Feuerberg teil.

Wegner würdigte die Motivation und Einsatzfreude der Beschäftigten im öffentlichen Dienst: „Nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind schuld, wenn Berliner Dienststellen nicht funktionieren, sondern die Strukturen.“ Ohne eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist der Landesdienst auch nach Überzeugung des Regierenden Bürgermeisters im personellen Wettbewerb mit dem Bund chancenlos. Der Senat habe deshalb im Haushalt eine

Menge Geld in die Hand genommen, um eine schrittweise Angleichung der Berliner Bezahlung an das Bundesniveau einzuleiten. Für eine Angleichung „von heute auf morgen“, betonte Wegner, sei die Schere zu weit geöffnet. Weitere Zielsetzungen seien ein flexibleres Laufbahnrecht und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die der Regierungschef als „Herzensangelegenheit“ bezeichnete. Bei den Reformprozessen setzt Wegner auf die Fortsetzung der guten Zusammenarbeit mit dem dbb berlin und auf ein gemeinsames „Ringeln um den besten Weg“.

## Schleswig-Holstein

### Änderung der Beurteilungsrichtlinien vereinbart

**Personalauswahlverfahren beziehungsweise Beförderungen im öffentlichen Dienst erfolgen in der Regel auf der Grundlage von Beurteilungen, um der in der Verfassung verankerten Bestenauslese Rechnung zu tragen. Wenn die aktuellen Anforderungen an Beurteilungen nicht erfüllt werden, ist die Rechtssicherheit der auf dieser Grundlage getroffenen Personalentscheidungen nicht garantiert. Damit Beförderungen nicht beeinträchtigt oder sogar blockiert werden, hat der dbb sh mit der Staatskanzlei eine vorgezogene Änderung der Beurteilungsrichtlinien des Landes vereinbart.**

Hintergrund ist die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes, wonach dienstliche Beurteilungen stets ein Gesamturteil enthalten müssen, in das alle Merkmale der Beurteilung einfließen. Das Schleswig-Holsteinische Oberverwaltungsgericht hat bereits eine Stellenbesetzung gestoppt, weil die ihr zugrunde gelegten Beurteilungen mangels abschließender Gesamturteile rechtswidrig sind. Deshalb sehen die Beurteilungsrichtlinien des Landes jetzt verbindlich ein Gesamturteil vor, teilte der dbb Landesbund am 30. August 2023 mit.

Diese Anpassung sollte ursprünglich im Zuge einer weitergehenden Überarbeitung der Beurteilungsrichtlinien zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, zumal die neuen gesetzlichen Grundlagen für Beurteilungen in Schleswig-Holstein erst am 1. Januar 2024 in Kraft treten. Das Erfordernis eines Gesamturteils wurde jetzt in den Beurteilungsrichtlinien vorgezogen. Die Verhandlungen zu den Beurteilungsrichtlinien

werden aber mit dem Ziel der Entwicklung eines zeitgemäßen Beurteilungswesens fortgesetzt.

Allerdings finden die Beurteilungsrichtlinien des Landes nicht überall automatisch Anwendung. Das gilt unter anderem für den Schul- und Polizeivollzugsdienst, aber auch für kommunale Dienststellen. Hier bestehen meist eigene Beurteilungsregelungen, die aber gleichermaßen der aufgezeigten Rechtsprechung unterworfen sind. Es sollen also gegebenenfalls auch in diesem Bereich eine entsprechende Anpassung vorgenommen werden, damit es kein böses Erwachen bei Personalauswahlverfahren gibt – insbesondere, wenn diese mit Konkurrentenverfahren verbunden sind. Ergänzend weist der dbb sh darauf hin, dass Beurteilungsregelungen in aller Regel sowohl für Beamtinnen und Beamte als auch für Tarifbeschäftigte gelten, weil das Erfordernis der Bestenauslese für beide Statusgruppen besteht.

## Bremen

### Gespräche mit CDU und FDP geführt

**Der Chef des dbb bremen Olaf Wietschorke hat sich mit Mitgliedern der Bremischen Bürgerschaft von CDU und FDP getroffen.**

Am 28. August 2023 bestand im Gespräch mit MdBB Frank Imhoff und MdBB Bettina Hornhues (beide CDU) Einigkeit darüber, dass ein funktionierender öffentlicher Dienst sowohl für den sozialen Ausgleich als auch für die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung in der Hansestadt unverzichtbar ist. Sowohl Imhoff als auch Hornhues wollen außerdem wie der dbb Landesvorstand die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben und im Zuge dessen Prozesse verschlanken. Auch die anstehende Tarifrunde der Länder wurde thematisiert. Hier machten beide Seiten deutlich, dass bei der Bezahlung der Anschluss an den Tarifvertrag

für Bund und Kommunen (TvÖD) gehalten werden müsse, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Im Gespräch mit MdBB Marcel Schröder (FDP) am 29. August 2023 stand die allgemeine Personalsituation im öffentlichen Dienst und die Nachwuchsgewinnung im Fokus. Hier waren sich beide Seiten einig, dass die Arbeitsbedingungen verbessert werden müssen, um mehr Menschen für den Staatsdienst zu gewinnen – gerade mit Blick auf den harten Konkurrenzkampf bei der Nachwuchskräftegewinnung mit der freien Wirtschaft.

## Sachsen

### Besetzung des Rundfunkrats: SBB geht in Berufung

**Der Rechtsstreit um die Nicht-Berücksichtigung des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen im MDR Rundfunkrat in der laufenden Amtszeit geht in die nächste Instanz.**

„Nachdem wir Anfang August das Urteil im verwaltungsgerichtlichen Verfahren zugestellt bekamen, haben wir, nach dessen Prüfung, nun Berufung beim Verwaltungsgericht Leipzig in der Verwaltungsrechtssache Auswahlverfahren des Rundfunkrates eingelegt“, so SBB Chefin Nannette Seidler.

Ziel sei es, die vom Verwaltungsgericht Leipzig am 10. Mai 2023 getroffene Entscheidung (Aktenzeichen 1 K 1378/22) erneut einer rechtlichen Prüfung zu unterziehen. „Wir beantragen, die Auswahlentscheidung des MDR-Rundfunkrates aufzuheben und das Entsenderecht des SBB Kraft Gesetzes bestätigen zu lassen“, erklärte der SBB-Rechtsbeistand, Medienrechtler Prof. Dr. Hubertus Gersdorf.

## dbb Bildungsgewerkschaften

### Umfrage: Schlechte Noten für Bildungspolitik

**Am 30. August 2023 ist das ifo Bildungsbarometer erschienen. Die Ergebnisse der jährlichen Umfrage zu bildungspolitischen Themen sind alarmierend, so der Deutsche Philologenverband (DPhV) und Verbandes Bildung und Erziehung (VBE).**

Demnach geben nur noch 27 Prozent der Deutschen den Schulen in ihrem Bundesland die Note 1 oder 2, 2014 waren es noch 38 Prozent. 77 Prozent der Befragten beklagen den Lehrkräftemangel, 68 Prozent fehlende finanzielle Mittel für die Schulen.

Die DPhV Bundesvorsitzende Susanne Linklitzing sagte dazu: „Der Lehrkräftemangel hat leider eine neue Dimension erreicht. Das

schlägt bereits jetzt so hart auf die Lebensrealität vieler Menschen durch, dass das Vertrauen in die Schulpolitik immer weiter sinkt. Diese Alarmglocken kann keiner mehr überhören.“ VBE Chef Gerhard Brand stellte klar: „Der Lehrkräftemangel konnte lange durch das hohe Engagement der Lehrkräfte vor Ort kaschiert werden, tritt aber mittlerweile schonungslos zutage. Immer weniger Befragte bewerten die Qualität der Schulen mit (sehr) gut.“

Die Gesellschaft sieht, dass das Bildungswesen in Gefahr ist, und fällt ein entsprechendes Urteil.“

Laut ifo Bildungsbarometer werden außerdem größere Klassen mehrheitlich abgelehnt (81 Prozent). 74 Prozent der Befragten sind für höhere Bildungsausgaben – dies sind deutlich mehr als für andere Staatsausgaben. Lin-Klitzing: „In keinem anderen Sektor gibt es eine so hohe Akzeptanz von mehr Staatsausgaben wie bei der Bildung. Eindeutiger kann der Auftrag an die Politik nicht formuliert werden. Wir fordern deshalb endlich dauerhaft mehr Investitionen in signifikanter Höhe. Vom Gelingen der Bildungspolitik hängt schließlich nicht weniger als die Zukunft Deutschlands ab.“

Mit Blick auf das Ergebnis, wonach 79 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass sich die Qualität der Schulbildung durch die Coronapandemie verschlechtert hat, verweist Brand auf die schleppende Digitalisierung: „Immer wieder konnten wir in unseren repräsentativen Umfragen zeigen, dass die Digitalisierung an den deutschen Schulen nicht in angemessenem Tempo vorankommt. Computer, die schon veraltet waren, als sie aufgestellt wurden, und Lehrkräfte, die keine oder qualitativ minderwertige Fortbildungen erhielten: So sah das Bild vor Corona aus. Der Ausstattungsschub während der Pandemie hat gutgetan, aber er muss nun mit einer nachhaltigen Perspektive genährt werden.“

## ***Namen und Nachrichten***

Der tacheles GESUNDHEIT wird im November 2023 zum letzten Mal als Einzelausgabe erscheinen. Der **dbb** wird künftig monatlich und nicht nur vierteljährlich über Gesundheitsthemen berichten und deshalb den tacheles GESUNDHEIT mit dem allgemeinen tacheles verschmelzen. Aus Datenschutzgründen dürfen die Abonnentinnen und Abonnenten des tacheles GESUNDHEIT ab Dezember 2023 nicht einfach mit dem allgemeinen tacheles beliefert werden. Die Leserinnen und Leser müssen vielmehr ein neues – natürlich ebenfalls kostenloses und jederzeit kündbares – Abonnement abschließen. Dafür klicken diese einfach

auf [www.dbb.de/tacheles](http://www.dbb.de/tacheles) und geben ihre E-Mail-Adresse im vorgesehenen Feld an. Sie erhalten dann eine automatisch generierte E-Mail in der das neue Abonnement bestätigen werden muss.

Der **Thüringer Beamtenbund (tbb)** war am 24. August 2023 zum Jahresempfang der Grünen-Fraktion in den Thüringer Landtag geladen. Die tbb-Spitze konnte sich mit der Fraktionsvorsitzenden Astrid Rothe-Beinlich und vielen weiteren Vertreterinnen und Vertretern der Landtagsfraktion austauschen.

### **Termine:**

18.- 19. September 2023

#### **14. Forum Personalvertretungsrecht**

Weitere Informationen folgen.

11. Oktober 2023

#### **Forderungsbeschluss zur Einkommensrunde der Länder**

Weitere Informationen folgen.

16.- 17. Oktober 2023

#### **3. Bundesseniorenkongress**

Weitere Informationen unter [dbb-senioren.de](http://dbb-senioren.de).

19. Oktober 2023

#### **Ideencampus 2023 der dbb jugend**

Weitere Informationen unter [dbb-jugend.de](http://dbb-jugend.de).